

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. August.

In Beantwortung von Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerwehr ausgelöst sei. Die Waffen sind an die Sicherheitspolizei übergeben worden z. T. befinden sie sich noch in den Händen einzelner Mitglieder. Selbstverständlich wird die Einziehung derselben durch das Reich erfolgen, sobald es durch das Einwahngesetz eine Handhabe hierzu hat.

Eine Ermäßigung der Tarifgebühren für die Einreise von Holland nach Deutschland wird in Aussicht gestellt.

Das Gesetz über die Ausführungen der Bestimmungen des Friedensvertrages und über die gemischten Schiedsgerichtshöfe und die Vollstreckung ausländischer Urteile wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Wohnverpfändung. Der Entwurf erhöht im Hinblick auf die Vereuerung der wichtigen Lebensbedürfnisse die Grenze des nicht der Pfändungspflicht unterworfenen Einkommens. Die Grenze wird danach auf 5000 Mark für Verheiratete und 4000 Mark für ledige gezogen. Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen. In der dritten Recess und Rhein-Danau ohne Erörterung endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Entwurfes des Gesetzes.

Nach lebhafter Debatte werden in der Einzelberatung verschiedene Paragraphen, unter Ablehnung der Abänderungsanträge angenommen. Annahme findet der Koalitionsantrag, wonach der Reichskommissar von Hall zu Hall zu entscheiden hat, welche militärischen und politischen Organisationen von der Ablieferungspflicht befreit werden.

Andere Anträge der Regierungsparteien werden ebenfalls angenommen. Der Antrag betr. Wahrung des Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprechgeheimnisses wird einstimmig angenommen. Die Bestimmungen des § 9 betr. die Befugnisse des Reichskommissars, Organisationen zur Durchführung seiner Ausgabe zu schaffen, und die Abgabe abessätzlicher Versicherungen verlangen zu können, wird gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen unverändert angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes.

Abg. Dr. Hellserich (Dnall.): Wir haben im Auschluß unserer schweren Bedenken über unsere finanzielle Politik zum Ausdruck gebracht. Mit Rücksicht auf die Geschäftslage werden wir im Plenum erst darauf zurückkommen, wenn der Hauptknoten zur Beratung steht.

Minister Koch teilt mit, es werde daran festgehalten, daß Deutschland nur solchen aus dem Auslande eintretenden Personen Unterhalt gewährt, die auf geordnetem Wege mit einem Reisepass verschließen hereinkommen. Außerdem geht dann auf die Reichskonskurrenz ein. Sehr wünschenswert wäre es, wenn diese ein Gegenstück zum Reichswirtschaftsrat würde, also ein Reichskultusrat gebildet würde.

Abg. von Mumm (Dnall.) bitte den Minister um Erteilung geeigneter Maßnahmen auf Grund der im Reichstage gefassten Entschließung gegen die Einwanderung fremdsämmliger Ausländer. In Berlin seien in letzter Zeit mehr als 40 000 Ostjuden, vielfach mit gar kleinen und gefälschten Papieren eingewandert. Von 5 bis 600 Lebensmittelschiebern sind neun Zehntel Juden. Das "Berliner Tageblatt" sagt, daß es galizische und russische Staatsangehörige seien. Diese Einwanderer werden, wenn sie seinerzeit nach Amerika oder England weiterwandern, die Habsforderer des Deutschtums sein.

Abg. Rosenthal und Löwenstein (U. S.): Unserer Zustimmung zu der fraglichen Entschließung hat nichts mit Rassen- und Klassenhaß zu tun. Die Abwehr der Masseneinwanderungen ergibt sich lediglich aus der eigenen Notlage. Auch gute deutsche jüdische Kreise empfinden diese Einwanderungen als Last. 75 Prozent aller verhafteten Gold- und Silberschieber gehören zu diesen Einwanderern.

Die Abg. Rosenthal und Löwenstein (U. S.) beladen ihre von der Entschließung abweichenden Anschauungen.

Nach unerheblicher Debatte werden die Beratungen abgebrochen.

In Beantwortung einer Anfrage erklärt die Regierung, daß zur militärischen Aushilfe für heimgekehrte Kriegsgefangene bisher 150 Millionen Mark ausgegeben worden seien. Die Frage der Gewährung von Steuererleichterungen für diese wurde in Erwägung gezogen.

Mittwoch 1 Uhr Fortsetzung der Haushaltssdebatte. Interpellation über die Arbeitslosigkeit. — Schluss 8 Uhr.

Berlin, 4. August.

Bei der Fortsetzung der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes beantragt beim Haushalt des Reichswehrministeriums

Abg. Fries (U. S.) die Befestigung der Seelsorger beim Heer.

Die Abg. v. Gallwitz (Dnall.), Dr. Schreiber (Btr.) und Körrell (Dem.) nehmen die Militärgeistlichen, die im Kriege ihre volle Schuldigkeit getan haben, gegen die Angriffe der Unabhängigen in Schuß.

Im weiteren Verlauf der Debatte sagt der Abg. Mumm (Dnall.), daß der unabhängige Abg. Hoffmann als ehemaliger Kultusminister für Preußen eine unangemessene Schmach gewesen ist, während der Abg. Hoffmann (U. S.) den Abg. Mumm als einen eisenden Verleumder bezeichnet. Beide Abgeordneten holen sich einen Ordnungsruf.

Schließlich wird der Haushalt endgültig bewilligt, ebenso der Rest des Gesetzes (Gesetzgesetz), ferner die zugehörigen Entschließungen des Ausschusses, betr. die nach dem Reichsamt für die Verlehröberamten zu zahlenden Mitteln und entsprechenden Gehaltszulagen, die den Beamten zuließen. Ferner wurde beschlossen, eine Folgerung für die Landesbevölkerungsordnung zu ziehen, um, soweit dies angängig ist, auch den Landes- und Gemeindebeamten dieselben Gehälter wie den Reichsbeamten zu zahlen. Der Ausschluß richtete endlich an die Regierung das Eruchen, mit dem in Betracht kommenden Landesteilen und Gemeinden eine Verständigung über den vom Reich zu zahlenden Anteil an den Besatzungskosten herzustellen.

Es folgt nun die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die Arbeitslosigkeit. Verbunden wird damit die Beratung eines Antrages der Unabhängigen auf Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Roerden (Soz.) begründet die Interpellation.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die starke Arbeitslosigkeit ist ein Ausdruck unserer überaus schwierigen wirtschaftlichen Lage. Mit einer langen Dauer der Krise braucht nicht gerechnet zu werden, weil der Bedarf immer noch die Vorräte übersteigt. An den Ausbau der Arbeitsvermittlungen wird mit allen Kräften gearbeitet. Ein Reichsgesetz über einen Reichsarbeitsnachweis ist im Entwurf fertiggestellt. In der Landwirtschaft werden wir einer Vermehrung der Arbeitskräfte zur Verfügung stellen. Die Wohnungsnorm, namentlich im Ruhrgebiet, soll geschehen, was möglich ist. Die Zulassung ausländischer Arbeitsträger wird von der Zustimmung des Arbeitsnachweises abhängig gemacht. Nebensunden sollen nur die unerlässlichen Arbeitsträger leisten. In Niedersachsen wurden 1919 330 000 Arbeitslose beschäftigt, und das Reich hat einen Betrag von 470 Millionen Mark dafür hergegeben. Ganz zu entbehren wird die Erwerbslosenfürsorge auch in Zukunft nicht sein, wenn die Gesetzgebung die Erwerbslosenversicherung einführt. In dieser Versicherung soll alsbald geschritten werden. Das Reich und die einzelnen Länder haben bisher 1400 Millionen Mark an Erwerbslosenfürsorge gezahlt. (Hört! hört! rechts.) Sehr richtig ist es, daß die Unterstützung in Begfall kommen muß, wenn ein Arbeitsloser eine ihm angebotene geeignete Stellung aussucht, und die gewerkschaftliche Unrechtsbildung auch angestrebt werden muß. Nationales Pflichtgefühl erheischt Opfer der Privatwirtschaft zugunsten der Volkswirtschaft. Jeder Kreis ist jetzt eine neue Ursache vermehrter Arbeitslosigkeit. Mit allseitigem guten Willen werden wir auch über diese Krise hinwegkommen. (Beifall.)

Abg. Dihmann (U. S.) begründet den Antrag seiner Partei. Hierach soll die Erwerbslosenunterstützung auf der Grundlage eines unter Mitwirkung der Gewerkschaften festgelegten Existenzminimums ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit gezahlt werden.

Die Beratungen werden abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag, vormittag 10 Uhr. Fortsetzung der Interpellationen, vorher Entwurfsvorlage. Schluss 8 Uhr.

Zur Tagesgeschichte.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Der Zwangswirtschaftsausschuss des Reichstages nahm einen vom Zentrum eingetragenen Antrag an, bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Rentenmark zu schaffen. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen.

Sozialdemokratischer Parteitag 1920.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag wird soeben von der Parteileitung für die erste Oktoberwoche nach Cassel eingeladen. Die Verhandlungen werden im großen Stadttheater abgehalten und man erwartet die Beteiligung von etwa 500 Delegierten. Im Gegensatz zu der Aufnahme früherer Parteitage in manchen sozialistisch geprägten Städten wird sich die des Parteitages in Cassel vorwiegend feierlich gestalten, denn bekanntlich hat Cassel sich seitlich den früheren Ministerpräsidenten und ehemaligen Parteivorsitzenden Philipp Scheidemann zum Oberbürgermeister erkoren, der in Cassel seine Laufbahn als Schriftschriftenlehrer bei dem Casseler bürgerlichen Amtsblatt begann und dann später das mehrheitlich sozialistische Organ leitete. Der Parteitag wird wie üblich eine Woche in Anspruch nehmen und nach Ende der Verhandlungen einer der bedeutendsten der Partei werden.

Die Kurie und der Islam.

Über den Empfang des Führers der indischen National-Delegation, Mohammed Ali, und ihres Sekretärs Hayat beim Papst wird von der Abordnung gemeldet, daß von dem Papst bereitwillig anerkannt worden sei, daß die türkische und die indische Regierung religiöse Toleranz glauben. Bezuglich des Friedensvertrages mit der Türkei bedauerte der Papst, daß die Verträge, die jetzt unterzeichnet würden, obwohl sie vielleicht ein Auslöser der Feindseligkeiten bedeuteten, doch der Welt keinen Frieden brächten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Ziele, die die Delegationen der Völker und Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte auszutauschen beauftragt sei, friedlich durchgeführt werden könnten. Wenn die Feindseligkeiten aber fortwähren sollten, so würde das nicht geschehen, weil die Christen die Muselmanen zu bekämpfen wünschten. Die Katholiken wünschten Frieden mit den Moslems. Der Papst ermächtigte Mohammed Ali, dem indischen Volke und der islamischen Welt die Versicherung seiner herzlichen Sympathie mit der Friedensmission der Abordnung zu übermitteln. Der Papst wünschte der Delegation überall so viel Erfolg, wie sie beim Volk an gehabt habe.

Die Kämpfe im Osten.

Die Kriegslage.

Havaß berichtet aus Warschau: Der bolschewistischen Armee ist es gelungen, den Bug zu übersteuern, der das letzte Hindernis war, das sie ernstlich vor Warschau aufhält. Bolschewistische Streitkräfte werden auf der Straße von Augustow nach Grajewo auf dem Marsch nach der Eisenbahnlinie Soldau-Warschau gemeldet. Sowjetrußland wird auf der Friedenskonferenz in London folgende drei Bedingungen stellen: Allgemeiner Friedensschluß auf der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons. Nichteinmischung in innerrussische Verhältnisse, Zugabeung Deutschlands und der anderen besiegten Staaten als gleichberechtigte Mitglieder zu den Verhandlungen. Man sei sich in Russland darüber klar, daß diese Forderungen von der Entente nicht angenommen würden, wolle sie aber erheben, um auf diese Weise eine wirksame Propaganda für Sowjetrußland zu treiben und eine allgemeine weltpolitische Verwirrung zu erzeugen.

Das letzte Telegramm der französischen Mission in Polen bezeichnet die Lage Polens vom militärischen Standpunkt aus als sehr schlecht, da die bolschewistischen Truppen weitere Fortschritte machen. Wahrscheinlich wird die polnische Krise der Gegenstand eines Ideenaustausches zwischen London und Paris werden. Man spricht sogar davon, daß Lloyd George sich in dieser Angelegenheit nach Paris begeben werde. Die Verhandlungen mit Russland sollen für die Polen eine sehr ungünstige Wendung genommen haben, so daß eine schle-

nige Hilfeleistung für Polen ins Auge gesetzt werden muß. Die Lage Polens wird, wenn auch nicht als verzweifelt, so doch als sehr ernst bezeichnet.

Warschau bedroht.

Havaß meldet: Die aus Polen eingetroffenen Roten trachten sind so ernst, daß es nutzlos wäre, sie zu stoppen. Die Roten Truppen haben an mehreren Stellen einen Übergang über den Bug erzwungen, dessen Lauf führt in einen Kreis um Warschau beschreibt. Die Roten Truppen rücken in der Richtung auf die polnische Hauptstadt vor. Die polnische Armee scheint demoralisiert zu sein. Sie hat sozusagen an der guten Verteidigungslinie, die den Bug darstellt, keinen Widerstand geleistet; sie haben nicht einmal die Brücken zerstört, und die Roten Truppen kommen sogar eine weitere bauen, um ihren Truppen den Übergang zu erleichtern. Eine andere ebenso ernste Bedrohung entsteht aus den von den Roten Truppen im Norden erzielten Fortschritten. Die Roten Truppen, deren Stärke hier auf 40 000 Mann geschätzt wird, gehen längs der russisch-polnischen Grenze vor, wobei sie in den Kotow, der Polen mit dem Meer verbindet, eindringen. Auf der Straße Augustowo-Grajewo-Kolno rücken sie gegen Nowa vor, um die einzige Bahnlinie, die Danzig mit Warschau verbindet, abzuschneiden. Wenn sie diese Eisenbahnlinie erreichen, wird Warschau mit der Außenwelt durch die indirekte Eisenbahnlinie auf dem linken Weichselufer verbunden sein. Die polnische Regierung hat die Räumung und die Ausgabe Warschaus ins Auge gesetzt, falls der Zustand ihrer Truppen eine Gegenoffensive nicht möglich macht, erklärt sich aber ebensofassen, den Kampf fortzusetzen. Sie wird in eine Stadt im Westen übersiedeln, für die Polen nicht in Frage kommt, und will dort die Verteidigung des Landes organisieren.

Um Polens Dasein.

Die britische Regierung hat auf drakonischem Wege eine Botschaft an die Sowjetregierung gerichtet, in der erklärt wird, daß angeblich ihrer Annahme, mit Polen nicht nur Wasserschlund, sondern auch Friedensverhandlungen aufzunehmen, der Gedanke der Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz ausgegeben werden müsse.

Zu offiziellen britischen Kreisen wird für den Fall, daß die Bolschewiki sich Warschau bemächtigen und dort eine Sowjetregierung errichten sollten, die Errichtung einer Sicherheitswehrlinie um Polen herum, das vorläufig seinem Schicksal überlassen werden würde, ins Auge gesetzt.

Kant Matin hat die französische Regierung Befehl erteilt, die Hilfstruppen für Polen zu verstärken.

Der Papst hat den polnischen Vertreter in Audienz empfangen. Nach dieser Audienz hat er alle auswärtigen Vertreter gebeten, mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten, damit Mittel geschaffen werden könnten, um einer Katastrophe Polens vorzubürgern.

Bolschewistische Propaganda.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Nach der Einmarsch Bialystoks durch die bolschewistischen Truppen erließ das vorläufige polnische Revolutionärmee eine Kündigung an die polnischen Stadt- und Landarbeiter, wonin nach einer längeren, bolschewistischen Gedankengänge enthaltene Einleitung erläutert wird, die Roten Armeen der russischen Brüder möchten nicht in der Absicht nach Polen kommen, die Freiheit zu verletzen, sondern zwischen Russland und Polen einen dauernden Frieden herzustellen. Ein dauernder Friede könnte aber nur zwischen sozialistischen Arbeitern Russlands und Polens geschlossen werden.

In Soldau sind 2000 Flüchtlinge aus Warschau angekommen, die eine Gefahr für die deutsche Bevölkerung darstellen, da sie stark mit Ruhr versucht sind. Deshalb besteht die Absicht, die Grenze bei Neidenburg zu sperren. Die östlichen Truppen sind alle nach Allenstein zurückgezogen. Der italienische Botschafter hat die deutsche Regierung, dafür zu sorgen, daß der Abtransport der östlichen Truppen aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet am 9. August erfolgt.

Wilna.

Nach einer Nowoener Meldung wollen die Bolschewisten Wilna den Litauern überlassen. Ein Vertreter des Sovjetkreises ist in Nowo eingetroffen, um mit der litauischen Regierung zu verhandeln. Die Räumung Wilnas soll sofort anfangen, sobald das notwendige Eisenbahnmaterial zur Verfügung ist und im Laufe von etwa drei Wochen beendet sein.

Schwierigkeiten in der Ukraine.

Im Gouvernement Charlow der Ukraine ist ein Parteikrieg ausbrechen, der bereits mehr als 25 000 Personen umfaßt. Diese haben sich nun bewaffnet und den Eisenbahnnotenpunkt Birzusla besetzt. Zur Unterdrückung wurden zwei Kavalleriedivisionen von der Front zurückgezogen, die aber teils zu den Aufständischen übergingen, zum Teil sich zu dem General Wrangel durchschlugen. Unter den letzten befanden sich hauptsächlich viele Juden vom Don. Die Bolschewisten haben darauf die Mobilisierung der Ukraine angeordnet, aber einen Misserfolg damit erzielt.

Kleine Meldungen.

Berlin. Reichswehrminister Geßler begab sich zur Besichtigung nach Ostpreußen.

Berlin. Nach einer amtlichen Auskunft der französischen Regierung ist die Rückkehr deutscher Staatsangehöriger in die unter französischer Verwaltung stehenden Teile der ehemaligen deutschen Schutzherrschaften gegenwärtig unterlaufen.

Berlin. Wie die "Völker Neuesten Nachrichten" erfahren, steht der Abschluß eines Handelsabkommen zwischen Belgien und Deutschland bevor. Deutschland soll Belgien 20 000 Eisenbahnwaggons liefern. Als Gewerbe erportierten belgische Firmen Lebensmittel nach Deutschland.

Berlin. Wie einer Basler Meldung zufolge in Paris diplomatischen Kreisen verlautet, ist der Nachfolger des Präsidenten De Schanel beschlossen. Sein Nachfolger wird Millerand genannt. Der Präsidentenwechsel dürfte im Laufe des Monats September, nach der 50. Jahrestagung zur Errichtung der Republik, folgen.

Karlsruhe. Der badische Landtag wählte den Justizminister Trunk zum Staatspräsidenten und den Minister Nemmel zum stellvertretenden Staatspräsidenten. Trunk nahm die Wahl an.

Hulda. Die deutsche Bischofskonferenz wird hier am 16. dieses Monats zu ihrer dreijährigen Tagung zusammentreten.

Kiel. Der Ausstand der Handels- und Transportarbeiter ist brennend. Die Arbeiter erklären sich damit einverstanden daß vom 25. August an ein Abbau der Löhne erfolgt, wie es die Arbeitgeber verlangt haben. Gleichzeitig sollen aber auch Verhandlungen beginnen, um den Abbau der Preise einzuleiten.

Paris. Die Unterschriftung des Friedensvertrages mit der Türkei wird am nächsten Donnerstag in Sevres stattfinden.

London. Die "Times" meldet aus Bombay: Am 1. August wurden zum Zeichen des Protests gegen den Friedensvertrag mit der Türkei alle Kaufhäuser geschlossen.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 6. Aug.

Männergesangverein Nassau. Das Künstler-Konzert am kommenden Sonntag, welches im Garten des Hotel Müller stattfindet, ist in zwei Teile geteilt worden, und zwar findet das Nachmittagskonzert pünktlich um 4 Uhr und das Abendkonzert pünktlich um 8 Uhr statt. Des Abends ist der Garten illuminiert. Die uns vorliegende Programme weisen Chöre, Lieder und Musikstücke bekannter und hervorragender Komponisten auf, nach denen genüfreiche Stunden in Aussicht stehen. Um dem Ganzen aber das Gepräge eines kleinen Volksfestes zu geben, sind von Vereinsmitgliedern ein Glücksrad, eine Schießbude, ein Ringwettspiel usw. aufgestellt worden, zu denen prachtvolle und wertvolle Gegenstände gestiftet worden sind. Aber noch andere Volksbelustigungen werden geboten, sodass allen jungen Leuten, auch wenn sie schon die 20er überstehen haben, etwas geboten werden wird. Der Eintrittspreis beträgt 2 Mk., Programme sind an der Kasse käuflich zu haben.

Personalien. Landrat Thon ist als Oberpräsidialrat nach Kiel berufen worden.

Taunuskub. Die Wanderstrecke für die Jammer-talwanderung am kommenden Sonntag ist 29½ Klm. und zwar Obernhof — 10 Klm. — Frühstückstein — 7,5 Klm. — Kehnelbogen — 8 Klm. — Habenscheid — 4 Klm. Valduenstein. Die Rückkehr erfolgt um 7,09 Uhr in Nassau, ist also frühzeitig, doch die Teilnehmer das Konzert des Männergesangvereins noch besuchen können.

Weilburg. Notlage der Zeitungen. Das amtliche Kreisblatt des Oberlahnkreises, der "Weilburger Anzeiger" steht am 31. Juli wegen der unerträglichen gewordenen Herstellungskosten vorläufig sein Erscheinen ein.

Geisenheim. Um den hiesigen Bürgermeisterposten bewerben sich 110 Kandidaten.

Cronberg. Um den hiesigen erledigten Bürgermeisterposten bewerben sich nicht weniger als 143 Herren. Aus dieser Fülle hat der Magistrat sechs Herren zur engeren Bewerbung aufgefordert.

Befreiungsmachung.

Zur Verwendung bei der Aufstellung der Steuererklärung für die Veranlagung zum Reichsnotorper gebe ich nachstehend die auf den 31. Dezember 1919 amtlich festgestellten Kurse von solchen Wertpapieren bekannt, die im hiesigen Bezirk wohl vorzugsweise gekauft worden sind:

Die 3. den 3. August 1920.

Der Vorstand des Finanzamtes.

Markloff.

Deutsche Staatsanleihen.

Deutsche 1. Reichs-Schuldh. 1914	5%	100
" 2. " 1915	"	92
" 3. " 1917	"	93
" 4. — 5. " 1916	4½	77
" 6. — 9. " 1924	"	73
Deutsche Reichsanleihe	5	77½
" unk. 1918	4	64
" "	3½	58
" "	3	60
Preußische Schulanweisung	5	100
" 1920	"	93
" 1921	"	92
" 1922	"	70
" 1934	4½	78
" auslosbar	4	60
" konj. Anleihe unk. 1918	4	54
" Staffelanleihe	3½	53
" Anleihe	3½	51
Hessen 1899, 1906, 1908, 1909 und 1912	"	51
unk. 1921	4	75
1893 bis 1909	3½	69
1896 bis 1905	3	51
Deutsche Stadtanleihen.		
Tassel 1901	4%	86
" 1908 Serie 1, 3, 5,	"	86
" 1901	3½	89
1887	"	98
Coblenz 10 R unk. 1920-22	4	95
" 1885 kv.	3½	94
" 1897-1900	"	90
Tön 1900, 1906, 1908	4	100
" 1912 R. unk. 22-23	4	100
" 1894, 96, 98, 1901, 03	3½	83
Bad Ems 1903	"	93
Stadt Frankfurt Q	"	95
Litr. R 1884	"	90
" S 1886	"	90
" T 1891	"	89
" II 93-99	"	89½
" D 1896	"	92
" W 1898	"	90½
" 1906	"	89
" 1906 R	4	107
" 1907	"	107
" 1910 unk. v. 20	"	107
" 1908	"	107
" 1911 unk. 22	"	107
" 1913 unk. 24	"	107
" 1901 R	"	88
" 1903	"	88
(vorm. Bockenheim)	"	88
Stadt Limburg abg.	3½	84
Stadt Mainz von 1899	4	102
" abg. 78, 83	3½	80½
" J. 1884	"	80½
" 1900	4	100
" 1905	4	100
" 1907 Litr. R	4	100
" 1911 S. T. unk. 21	4	100
" 1888, 91 kv. 94, 05	3½	81

Stadt Wiesbaden von 1912	4	97
" 1879	3½	85½
" 88, 91, 98, 4	4	96
" 1903 Serie 3	4	96
" 1908 rückw. 37	4	96
" 1914 R. unk. v. 24	4	96
" 1888	3½	90
" 1895, 1898, 1901 1903, N. 3½	86	

Pfandbrief und Schuldverschr. Deutscher Hyp.-Banken.

Frankfurt Serie 16-18	4	98½
" 20 unk. bis 1915	4	98½
" 21	4	98½
" 12, 13, 15, 19,"	3½	87
Kommunalserie 2	4	98½
1 kündbar ab 1910	3½	87

Frankfurter Hypotheken Creditverein S.

15-19, 21-27, 31, 34-42	4	95%
S 28-		82

30, 32	3½	84
Mitteldeutsche Bodencredit S. 2-4, 6,	4	92

S. 7 unk. 22	4	92
Grundrentenbr.	4	92

3½	85
----	----

Nass. Landesbank Lit. B und W unk.

bis 1915	4	98
Litr. B unk. bis 1917	4	98
Litr. C unk. bis 1920	4	98
26. Ausgabe unk. bis		
1923	4	99
Litr. U. und X.	3½	91½
Litr. F, G, H, K und 2 3½		87½
Litr. M, N, P, Q	3½	85
Litr. R, S	3½	83½
Litr. T	3½	83
Litr. O	3	79

Rhein. Hypothekenbank S. 66-68 83-85 4

S. 130, 131 unk. 24	4	98
S. 50 und 69-77	3½	91
S. 78-82	3½	95
Komm. Obl. 1913	4	98
1914 S. 9	4	98
	3½	86

Deutsche Postspare.

Augsburger 7 Gulden 2.		51
Braunschweiger 20 Taler 2.		431
Cöln-Mindener Prämienanleihe	3½	174
Hamburger 50 Taler 2.	3	270
Olsnburger 40 Taler 2.	3	156
Sachsen-Meiningen 7 Gulden 2.		80

Ausländische Staatsanleihen.

Oesterreich. St. Schulz 1914	4½%	48
amort. Eb-A unk. 18	4½	39
Goldrente	4	45
Kronenrente	4	29
kono. Rente i. R.	4	29
Silberrente Gulden	4½	31
Pap. Rente in Gulden	4½	31

Rumänien 1903 11	5	125

<tbl_r cells="3" ix="5

Photogr. Atelier Willy Bramm

Bad Nassau

Für Aufnahmen jeder Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Uhnlücke in schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei groß. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Kleine Chronik.

Ruhrepidemie. Aus Buer berichtet der Berl. "Kanal n." von einer heftigen Ruhrepidemie in Westfalen. In Opiaden sind 114 Personen erkrankt, von denen 16 bereits gestorben sind.

Wie angenehm! Aus Gernsheim im Nied. wird berichtet: Eine Niedernerbschaft haben zwei hiesige Damen, die Schwestern eines vor mehreren Jahren darüber verstorbenen Geistlichen gemacht. Sie erben von ihrem in Amerika verschwundenen Onkel die Summe von 25 000 Dollars, also nach dem Stand unserer heutigen Valuta berechnet über 3 Millionen Mark. Die Summe wird aber erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zur Auszahlung kommen.

Schiffssrettung durch Funkentelegraphie. Wieder einmal hat die Funkentelegraphie ihre große Bedeutung für die Seeschifffahrt als Retterin von Schiffen in Not bewiesen. Richtig ließ der amerikanische Dampfer "Perowee" bei Notesand auf eine Sandbank und wurde dabei schwer beschädigt. Bei dem herrschenden dichten Nebel war Gefahr, daß das Schiff mit der ganzen Besatzung und der wertvollen Ladung verloren ging. Es gelang aber mittels der an Bord vorhandenen Funkentelegrapheneinrichtung aus dem Wege über die der Reichstelegrafenverwaltung unterstehenden Küstenfunkstellen Kordelich und Augsburg und über die Marinesendstelle in Wilhelmshaven mehrere Torpedoboote und Schlepper herbeizurufen. Diese nahmen die Besatzung des Dampfers an Bord und schleppten dann den Dampfer nach Hamburg, wo er sofort ins Dock gehen mußte.

Raubüberfall im Personenverkehr. Bei Ankunft des morgens 8.55 auf dem Hamburger Hauptbahnhof eintreffenden Zuges von Ludwigslust nach Hamburg wurde der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß ein Reisender in einem Abteil 2. Klasse beraubt worden sei. Der Kaufmann, der sich mit einem anderen Reisenden allein in dem Abteil befand wurde von ihm gegenüberstehenden Unbekannten mit einer betäubenden Flüssigkeit bewußtlos gemacht, worauf man ihm 11 Hundertmarkscheine aus der Brieftasche raubte. Der Täter hatte den Mut, bis nach Hamburg mitzufahren. Dort aber entkam er. Der beraubte Kaufmann beschreibt ihn als einen 30-jährigen Menschen von 1,45 Meter Größe, mit schwarzen Haar und kurzgeschnittenem schwarzen Bart. Der Räuber soll mit einem dunklen Anzug und weichem Hut bekleidet gewesen sein.

Ein Massenmörder, der seine Opfer verbrannte. Vor etwa einem Jahre wurde der Mechaniker Landru in Paris beschattet unter dem Verdacht, im Verlaufe von einigen Jahren seine zehn Brüder beiseite geschafft zu haben. Der Beschattete hatte jegliche Schuld bestritten. Es ist jetzt den wissenschaftlichen Sachverständigen des Gerichts gelungen, aus Kunden verdeckten Knochen den Beweis zu erbringen, daß in den beiden von Landru bewohnten und vermutlich zur Ausübung seiner Verbrechen benutzten Villen wenigstens die Körper von drei erwachsenen Personen weiblichen Geschlechts verbrannt worden sind. Der ausschauernde Prozeß dürfte somit in aller Kürze in sein Endstadium eintreten, und daß grausige Verbrechen seine Sühne finden.

Sträßer Arbeitswille. Die Gemeindevertretung Fried hat beschlossen, gegen solche Arbeiter mit Hilfe der Betriebsräte und Gewerkschaften vorzugehen, die nach Schluss der achtfündigen Arbeitszeit noch am Freitagabend bei Landwirten mehrere Stunden tätig sind. Gegen solche Arbeiter soll mit Hilfe der Gewerbeinspektion rücksichtslos eingeschritten werden. — Den Arbeitsunruhen in Ehren — wenn es aber gilt, die Ernte heimzubringen, damit wir nicht verbürgern, ist eine solche Auslegung des Arbeitszeitgesetzes ein Unsinn.

Ein niederrächtiger Anschlag auf das Leben eines älteren Ehepaars in der Mittelsbacher Allee in Frankfurt a. M. wurde rechtzeitig verhindert. Um Gelegenheit zu einem höheren Einbruch zu erhalten, überredete der Arbeiter Herbert Walter seine Geliebte, das Dienstmädchen Else Oppel, das Ehepaar, bei dem es in Tischen stand, vorher durch Gift aus dem Wege zu räumen. Das Mädchen schlüpfte auf Geheiß des Vaters auf in das Mittagessen. Es nahm dann selbst bei Tisch, um jeden Verdacht von vorneherein gegen sich selbst abzuwenden, einige Löffel von der Suppe und verbrachte sich dabei derart, daß es sofort dem Israelitischen Krankenhaus in der Gagernstraße eingeliefert werden mußte, wo man ihm den Magen auspumpte. Der Ehemann war der starke Geruch, der der Speise entstammte, sofort verwundet und sie genau nichts. Es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet, der es nach kurzer Zeit gelang, das Mädchen zu überführen.

Raubmord. Die 24jährige Lehrerin Gertrud Schumann aus Eick, die am Sonntag, 11. Juli, von einem Spaziergange nicht zurückkehrte, wurde jetzt im Walde bei Herien ermordet und beraubt aufgefunden.

Auslösung der Lehrbrigade. Aus dem Reichsverkehrsministerium wird mitgeteilt, daß infolge der Herauslösung der Secretariate die Lehrbrigade in Düsseldorf bis zum 12. August aufgelöst wird; die Truppen kehren zu ihren alten Verbänden zurück.

Verwendung entlassener Soldaten. Der etwa 18 000 Morgen große Lütticher Truppenübungsplatz ist mit umliegenden Mooren und Deichlandschaft bei Jülich und Kendenich vom Landwirtschaftsministerium einem stützlichen Infanterieregiment als Siedlung überlassen worden. Die Soldatenhäuser erhalten tarifmäßige Löhn, sind aber verpflichtet, von dem täglichen Verdienst drei Mark als Genossenschaftanteil einzuzahlen, so daß sie nach einer Reihe von Jahren in den genossenschaftlichen Besitz der Ländereien treten.

Eine neue Kabellegung. Der Leiter der Reichstelegraphie, Dr. Bredo, begab sich in Begleitung der Gebrüder Hever und Grümer an Bord eines Torpedoboots, um an der Legung des Telegraphen-Kabels zwischen Leba in Pommern und Tilsit in Ostpreußen teilzunehmen. Nach glücklicher Verlegung des Kabels beaufsichtigte der Postminister zur Eröffnung dieses Verbindungsmittels für die abgetrennten Reichsgebiete, sich nach Königsberg zu begeben.

Bolschewisten-Zustand. Die "Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Der Präsident des revolutionären Kriegsgerichts teile der russischen Sowjetrepublik offiziell mit, daß sich die Anzahl der verhängten Todesstrafen vom 2. Mai bis 26. Juni auf 600 belaufen. Hier von seien für Desertion 273, für gegenrevolutionäre Handlungen 35, für Verrat 36, für Aufstand 45, für Mord 29, für Verbrechen 42 und für dienstliche Vergehen 33 verhängt worden.

Zwangsbaden in Russland. Alllei Intimität aus dem alltäglichen Leben im heutigen Russland erzählt auf einer Versammlung des englischen Bundes der weiblichen Arbeiter Miss Margaret Beudisley, die kürzlich aus Russland zurückkehrte. Dabei teilte sie auch mit, daß die Sowjetregierung das Baden für die ganze Bevölkerung zwangsweise eingesetzt hat, und daß, wer nicht freiwillig badet, von dazu befehlten Amtskräften gezwungen wird, dieser Pflichterfüllung zu genügen.

Müll über die Post. Warum fragt die Post nicht für ausreichende Mengen von Briefmarken? Das ist ein der Fragen und Müll, die in letzter Zeit häufig in der Öffentlichkeit erhoben werden. Und in der Tat, der Markenmangel ist unwegbar. Vorauß aber ist er zu überwinden! Die Hauptursache ist allgemein bekannt: der erhöhte Gebührentarif für den innerdeutschen Verkehr, dann aber auch der durch den Stand unserer Postkarten verkehrte Auslandspostverkehr erfordert einen so gewaltigen Verbrauch an Postwertzeichen, daß die Herstellung damit nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermochte. Hinzu kommt aber noch ein Umstand, der den Aufbrauch der Briefmarken wesentlich beeinflusst, d. i. die Verwendung der Briefmarken als Kleingeldersatz. Auf diese Weise werden so bedeutende Mengen ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen, daß man sich wirklich nicht wundern kann, wenn hier und da ein Mangel eintritt, der nicht so schnell zu beheben ist, wie man wünschen möchte. Was tut nur die Post, um diese oftentümliche Katastrophe zu befreiten? Ihr Hauptbestreben ist, mehr Marken zu drucken. Das wird gelingen, wenn die Zweckverbundene durch die der Öffentlichkeit bereits angekündigten einfärbenigen Marken ersetzt werden. Sodann werden die niederen Markenwerte in kleinerem Format herausgegeben werden, wodurch die Zahl der gleichzeitig herzustellenden Wertzeichen erheblich vermehrt wird. Weiter wird an neuen, hochwertigen Marken (zu 10 und 20 Mark) eifrig gearbeitet; es ist zu erwarten, daß diese in absehbarer Zeit erscheinen werden. Schließlich wird es den Verbrauch an Postwertzeichen nicht merklich vermindern, daß die Postanstalten jetzt hohe Preise an Auslands-Paketservice auf den Paketarten nicht mehr durch Preismarken darstellen brauchen, sondern bar berechnen können. Das Zusammenwirken dieser Maßnahmen wird es hoffentlich erreichen, daß der viel bedeutsame Markenmangel recht bald der Vergangenheit angehört.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	100,0	100,50
3 1/4	ditto	94,-	-,-
3 1/2	ditto	93,-	-,-
3	ditto	83,-	-,-
4	Frankf. Hyp.-Bank	100,50	100,50
2 1/4	ditto	88,50	88,50
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,50	98,50
3 1/4	ditto	86,50	-,-
5	Deutsche Reichsanleihe	70,50	79,60
4	ditto	-,-	-,-
2 1/4	ditto	59,50	63,-
2	ditto	59,-	59,-
	Devisen		
	Frankreich	332	333
	Holland	1553	1559
	Schweiz	769	770
	Schweden	944	945

Tannenclub Nassau.

Sonntag, den 8. August 1920:

Tages-Wanderung

nach Kloster Arnstein — Dörsbachthal — Jammertal — Ergeshausen — Klingelbach — Kahlenbogen — Ebertshausen — Schönborn — Hof Bärbach — Kirche Habenscheid — Talhof (Schloss Schaumburg) — Balduinstein. Marschstrecke 29,5 km.

Führer: Pauline Unvergat, Arthur Müller, Mor. Jorn.

Absatz: 6,18 Uhr Bahnhof Nassau, Rückfahrt: 6,37 Uhr Bahnhof Balduinstein.

Um die ungefähre Teilnehmerzahl festzustellen, wird um Anmeldung bis Freitag abend bei den Führern gebeten.

Der Vorstand.

Bruchleidende!

Eine wahre Wohltat für die bruchleidende Menschheit ist ohne Zweifel mein neuestes, federloses, gut anliegendes, Tag und Nacht tragbares Leders-Spezial-Bruchband mit den neuesten konstruierten noch nie dagewesenen federnden Pelotten. Es kann mit Recht als eine Errungenschaft auf dem Gebiete der Erfindungen bezeichnet werden. Schriftliche Garantie. Von Aerzten geprüft und als richtigen Schutz anerkannt. Mein Vertreter ist von 9-3 Uhr mit Muster gegenwärtig und erteilt kostenlose Auskunft in:

Diez a. L., Samstag, den 7. August, Hotel "Hof von Holland".

Nassau a. L., Sonntag, den 8. August, Gasthaus "Zur Krone". Bad Ems a. L., Montag, den 9. August, Hotel "Allemannia".

P. Ginder, Spezialbruchbandagen,
Saarbrücken 3, Nassauerstraße 20.

Für Aufnahmen jeder Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Uhnlücke in schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei groß. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung

Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Männer-Gesang-Verein Nassau

— Gegr. 1843 —

Chorleiter: Herr Toni Herber

Großes

Gesangs- und Instrumental-Künstler-Konzert

anlässlich seines 77. Stiftungsfestes

= am Sonntag, den 8. August 1920 =

4 Uhr nachm. beginnend 4 Uhr nachm.

in den Gartenanlagen des Hotel Müller (31h)

Außer Gesangs-Darbietungen sowie Vorträgen
eines erstklassigen Musik-Orchesters wird für
Volksbelustigung
in weitgehendstem Maße gesorgt

Eintrittspreis 2,- Mk. pro Person — Kinder unter 14 Jahren nur in Begleitung Erwachsener zahlen die Hälfte
Karten im Vorverkauf: In den Freizeugeschäften und Buchhandlungen in Nassau

Bei ungünstiger Witterung finden die Veranstaltungen in den Gartenälen des Hotel Müller (31h) statt

Zahn-Praxis

Charlotte Kyritz - Nassau - Emserstrasse 11

Ab Montag, den 16. August ds. Js. halte ich hier täglich Sprechstunden: Werktag v. 9-12 u. 3-6;
Sonntags v. 9-12 Uhr

Zahnziehen mit und ohne Betäubung, Plombieren, Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse, Neuherstellung derselben aus Kautschuk und Metall, sowie Anfertigung von Kronen und Brückenarbeiten, etc.
Schönendste Behandlung — Mäßige Preise

Nur für Wirte und Wiederverkäufer!

Zigaretten in nur guten Qualitäten
Zigarren aus la. Ueberseetabak
Uebersetabak, Pfund 20 Mark

Alb. Strauss, Nassau-Lahn.

Tüchtiges, zuverlässiges

Alleinmädchen

für kleinen feinen Haushalt
nach Frankfurt a. M. gefügt.
Reichliches, gutes Essen u. beste
Behandlung zugesichert.

Näheres i. d. Geschäftsstelle.

Ein grosser Posten

ZIGARREN

eingetroffen zu

herabgesetzten Preisen

Albert Rosenthal

Nassau

Hamburg, Altonastr. 20a.

Schwimm- und Bade-Anstalt.

Deckenbürsten, Pinsel in verschiedenen Größen, Bäderbürst, Kuchenpinsel, Haarsbesen, Cocosbesen, Handsäger, Schrupper, Abseif, Kleider, Wicks, Dred, Auftragbürst, Kartätschen, Striegel, Gläser, Glaschen, Zentrifugen, Zahnb., Kopf- u. Nagelbürsten, Teppichhandsäger, Cylinderpuher, Klosettbüsten, sowie sämtl. hier nicht aufgeführt. Bürstenwaren empfohlen

Chr. Arzt, Nassau,

Korb- u. Bürstenwaren-Spezial-

Gefäß,

— Römerstr. 12. —

Kleine Anzeigen

können nur dann aufgenommen werden, wenn dieselben sofort bei Aufgabe bezahlt werden.

Nassauer Anzeiger.

Gleiche, ältere

Hilfsarbeiter

für Rohrwerk gesucht.

Eisenhütte,

Nassau-Lahn.